

Holsteiner Zeitung (KN) vom 6.12.2018, S. 29:

Kommt ein Kessel voller Musik?

Bürgerbegehren von SPD und Grünen – Nortorfer könnten über ein Schallplattenmuseum entscheiden

Die Stadt als Hauptgesellschafterin würde einen Großteil der Kosten tragen.

Von Beate König

Nortorf. Soll ein Schallplatten-Museum mit Mitteln der Stadt im Kesselhaus gebaut und betrieben werden? Diese Frage soll das erste in Nortorf angestrebte Bürgerbegehren klären. Gestern reichte Michael Friedrich dafür Unterlagen bei der Amtsverwaltung ein.

„Wir wollen einen Bürgerentscheid herbeiführen“, erklärt Michael Friedrich. Friedrich und der Mitinitiator Sven Kahle kommen aus dem Ortsverband der SPD, Mitinitiatorin Angelika Bretschneider von den Grünen. Für Friedrich, Vorsitzender des Finanzausschusses, entscheiden die Zahlen im 11,3 Millionen-Euro-Haushalt 2019: Die Stadt verschulde sich mit 716 000 Euro neu, die Rücklage werde in diesem Jahr komplett aufgebraucht. Er befürchte, dass nur mit einer Erhöhung der Grundsteuern, der Gewerbesteuererhöhungen und der Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge das Defizit abgedeckt werden kann.

„Wir können uns im Moment kein Museum leisten“, sagt Friedrich. „Nortorf ist eine Kleinstadt. Das Museum ist konzeptionell und finanziell eine Nummer zu groß.“ Eine Entscheidung für einen Umbau des Kesselhauses habe Tragweite. Von 70 000 bis 140 000 Euro Zuschussbedarf jedes Jahr geht die 175 Seiten starke Machbarkeitsstudie von 2015 aus. „Das ist normal für Museen. Aber woher soll das Geld kommen?“, fragt Friedrich.

Im Haushalt stehen eine Million Euro für den Umbau des Kesselhauses des Schallplattenpresswerks Teldec zum Deutschen Schallplattenmuseum. Die geschätzten Baukosten lägen bei 1,7 Millionen Euro. 450 000 Euro Fördermittel soll es vom Land geben. Wie bei allen öffentlichen Projekten sei jedoch mit einer Steigerung der Baukosten zu rechnen, schätzt Friedrich.

Durch ein neues Vertrags-Konstrukt, das die Stadtverordneten gerade diskutieren, könnte statt des ehrenamtlichen Fördervereins eine gemeinnützige Gesellschaft zukünftig zum Betreiber werden. Hauptgesellschafterin wäre die Stadt. Für Friedrich ist die Idee nicht ausgereift. „Damit würde die Stadt weiterhin einen Großteil der Kosten tragen.“

„Über ein Bürgerbegehren machen wir allen Bürgern die Entscheidung über einen Umbau des Kesselhauses zugänglich.“ Friedrich rechnet vor: In der Stadtverordnetenversammlung entscheiden Politiker, die nicht von 100 Prozent der Wahlberechtigten, sondern lediglich von den 45 Prozent, die zur Wahl gingen, gewählt wurden.

Der Weg zum Bürgerbegehren: Laut Gemeindeordnung ist die Verwaltung dafür verantwortlich, eine Schätzung der Umbaukosten des Kesselhauses vorzunehmen. Die Kostenschätzung und Unterschriften von zehn Prozent aller Wahlberechtigten, das sind aktuell 569, werden von den Initiatoren des Bürgerbegehrens bei der Verwaltung eingereicht, sie gibt beides an die Kommunalaufsicht weiter. Ist das Begehren zulässig, kann sich die Stadtverordnetenversammlung dem Begehren anschließen. Lehnt sie das Begehren ab, muss die Verwaltung einen Bürgerentscheid organisieren.

Stadtverordnetenversammlung: Dienstag, 11. Dezember, 19.30 Uhr, Amtsverwaltung, Niedernstraße 6, Nortorf.